

Niederschrift der 30. Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag, dem 10. September 2009, im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Weserstraße 75

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 21.05 Uhr

Vorsitzender: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Auswirkungen der Umsetzung der 2. Baustufe der Farge-Vegesacker-Eisenbahn auf den ÖPNV in Bremen-Nord
3. Schulentwicklungsplanung für den Stadtteil Vegesack
4. Zukunft der Beruflichen Schulen in Vegesack
5. Aktueller Sachstandsbericht Markthalle
6. Aktueller Sachstandsbericht Kramer – Immobilie
7. Vergabe von Beiratsmitteln
8. Anträge und Anfragen der Parteien
9. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
10. Mitteilungen der Beiratssprecherin
11. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Teilnehmer:

Rainer Buchholz
Cord Degenhard
Gabriele Jäckel
Gundram Keßenich
Thomas Pörschke (ab 18.35 Uhr)
Joachim Riebau
Detlef Scharf
Wolfgang Schmidt (ab 18.40 Uhr)
Iris Spiegelhalter-Jürgens
Heike Sprehe
Wilfried Sulimma
Oxana Waldheim
Manfred Wemken

Weitere Teilnehmer:

Herr Rode (BSAG)
Herr Lienesch (BSAG)
Herr Bothmann (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)
Herr Böhme (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)
Herr Langkau (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Nicht teilgenommen:

Greta Frenzel
Martina Hayduk
Henning Tegeler

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Die Einladung ist form- und fristgerecht zugegangen. Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor, sie wird wie vorliegend angenommen. Der Vorsitzende stellt den neuen Faltplan von Vegesack vor. Dieser Plan ist über das Ortsamt zu beziehen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass infolge der Baumaßnahme der Hans-Wendt-Stiftung am Ende der Tidemanstraße trotz verstärkter Überwachung durch die Bauaufseher und die Polizei die Gehwege durch den Baustellenverkehr teilweise überfahren und somit beschädigt werden. Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und insbesondere der Schulwegsicherung haben das ASV und die Polizei Vegesack kurzfristig beschlossen, den südlichen Abschnitt des Gehweges in der Tidemannstraße zwischen der Einmündung Schmidtskamp und der Straße Lamkenberg mit 5 Pollern abzusichern.

Am 11. September 2009 wird um 17.00 Uhr der neue Kunstrasenplatz am Stadion Vegesack eingeweiht. U.a. ist ein EinlageSpiel mit den Vegesacker Allstars geplant.

Am 12. September 2009 feiert die Stadtbibliothek in Vegesack ihr 40-jähriges Bestehen.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Der Vorsitzende leitet in das Thema „Veröffentlichung von Beiratsprotokollen im Internet“ ein. Da die Veröffentlichung von personenbezogenen Daten von Bürgern, die sich während der Beiratssitzung zu Wort melden, ohne Einverständniserklärung nicht zulässig ist, werden diese Daten zukünftig in den Niederschriften nicht mit aufgeführt. Die Daten werden gesondert in einer Anlage zur Niederschrift, die nicht veröffentlicht wird, aufgenommen.

Es liegt ein schriftlicher Bürgerantrag, übermittelt von der Beiratssprecherin Frau Sprehe, vor. Dieser Antrag wird den Fraktionen weitergeleitet und entsprechend weiter behandelt. Inhaltlich setzt sich der Antrag mit dem schlechten Zustand der Straße Schönebecker Hagen, die auch als Schulweg genutzt wird, auseinander.

Seitens des Publikums werden keine weiteren Wünsche vorgetragen.

Tagesordnungspunkt 2

Auswirkungen der Umsetzung der 2. Baustufe der Farge-Vegesacker-Eisenbahn auf den ÖPNV in Bremen-Nord

Die Unterlagen zur Umsetzung der 2. Baustufe der Farge-Vegesacker-Eisenbahn liegen noch bis zum 22. September 2009 im Ortsamt zur Einsichtnahme aus. Der Stadtteil Vegesack ist insbesondere durch die Elektrifizierung der Strecke in diesem Teilabschnitt betroffen. Es ist eine durchgängige Strecke von Farge zum Hauptbahnhof geplant.

Im Sprecherausschuss wurde verabredet, rechtzeitig die Weichen für die Entwicklung des ÖPNV im Stadtteil zu stellen. Die Diskussion mit der BSAG soll frühzeitig begonnen werden, damit eine zeitnahe Umsetzung sichergestellt wird.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Rode und Herrn Lienesch von der BSAG.

Herr Rode erklärt, dass noch kein konkretes Konzept vorliegt, da die Linie S1, die für Vegesack die maßgebende ist, zum Dezember 2011 in Betrieb genommen wird.

Aus diesem Grund werden die erforderlichen Daten erst ab Ende 2009 erhoben. Es werden die Zustiegs- und Zielpunkte der Fahrgäste sowie die Anzahl der vorhandenen KFZ ermittelt, die demographische Entwicklung wird berücksichtigt.

Die an diesem Abend vorgebrachten Wünsche und Anregungen werden nach Möglichkeit, neben den erhobenen Strukturdaten, in das Konzept einfließen.
Dieses Konzept wird in die verschiedenen Gremien und Institutionen eingebracht.

Herr Degenhard verweist auf die Problematik bzgl. des Busverkehrs in der Sagerstraße. Die Herausnahme von Fahrzeugen ist nach wie vor notwendig.

Frau Sprehe hätte sich über konkrete Vorschläge gefreut. Da diese zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegen, hat sie einen entsprechenden Antrag formuliert. Nach Einschätzung der SPD-Fraktion fahren zu viele Busse die Sagerstraße entlang. Diese Anzahl muss reduziert werden. Allerdings darf der ÖPNV als solches nicht geschwächt werden. Frau Sprehe spricht sich ferner für eine Beteiligung des Beirates aus. Sie würde die zeitnahe Entwicklung eines Konzeptes begrüßen.

Herr Buchholz weist darauf hin, dass die Bahn im Jahr 2007 eröffnet wurde. Er spricht seine Verwunderung dafür aus, dass noch keine Evaluation vorliegt. Es wurde lediglich die Zufriedenheit der Fahrgäste erfragt. Augenscheinlich sind die Züge nicht ausgelastet. Er bezweifelt daher die prognostizierten Fahrgastzahlen und merkt an, dass hier ein zweistelliger Millionenbetrag tangiert wird. Er erfragt, ob die Erwartungen der BSAG erfüllt wurden.

Herr Rode verweist darauf, dass er nur für die BSAG, nicht aber für die Farge-Vegesacker-Eisenbahn (FVE), sprechen kann. Die Fahrgastzahlen der BSAG haben sich nach der Inbetriebnahme der Bahn auf die alte Anzahl eingependelt. Er vermutet daher, dass die Fahrgäste der FVE neue Nutzer des ÖPNV sind. Da sich die Fahrgastzahlen der BSAG nicht verändert haben, bestand keine Notwendigkeit einer Evaluation.

Herr Lienesch ergänzt, dass die BSAG auf bestehende Probleme aus der Bevölkerung hingewiesen wird. Demnach soll die Nutzerzahl des Parkplatzes am Krankenhaus ein Indikator für die Fahrgastzahlen der FVE sein. Hier ist allerdings eine Verlagerung vom kostenpflichtigen Parkplatz am Klinikum hin zum Parkplatz der Bahn zu beobachten.

Herr Schmidt erfragt die strategischen Planungen des Zuschussbetriebes BSAG und die gemeinsamen Planungen mit dem Verkehrsverbund Nord (VBN).

Herr Rode bestätigt die Abstimmung innerhalb des VBN. Mit der Durchbindung der Strecke FVE wird eine Aufwertung des ÖPNV insgesamt erwartet. Die Fahrgastzahlen werden voraussichtlich steigen. Da die Schienenstrecke gefüllt werden muss, werden die Busse eine Zubringerfunktion wahrnehmen. Nicht jeder Bus wird dann bis nach Vegesack durchfahren. Der Bahnhof Vegesack wird an Bedeutung verlieren, da weitere Knotenpunkte hinzukommen werden.

Herr Buchholz fordert noch einmal ein Zahlenwerk hinsichtlich der konkreten Fahrgastzahlen. Eine Abstimmung der Verkehrsbetriebe wird durch die Politik offensichtlich nicht gefordert.

Frau Spiegelhalter-Jürgens spricht neben den Kreuzungspunkten die unterschiedliche Preisgestaltung zwischen BSAG und FVE an. Diese Tarife sollten zusammengeführt werden.

Der Vorsitzende greift das Stichwort „Einheitlicher Tarif“ auf.

Herr Rode kann zu der Tarifgestaltung leider keine Aussage treffen, da diese in die Zuständigkeit der Stadt Bremen fällt. Herrn Buchholz verweist er bzgl. des geforderten Zahlenmaterials an die FVE.

Ein Bürger regt an, sich bzgl. des Konzeptes etc. an dem Knowhow von Hannover zu bedienen. Hier existieren durchgängige Linien bis zum Hauptbahnhof.

Der Vorsitzende stellt fest, dass zwei Anträge von der SPD- und der CDU-Fraktion zu diesem Thema vorliegen.

Zunächst verliest Frau Sprehe den Antrag der SPD-Fraktion bzgl. der Auswirkungen auf den ÖPNV in Bremen-Nord und begründet ihn mündlich. Hierbei führt sie u.a. an, dass geplant war, die Bushaltestellen in Blumenthal direkt an den Blumenthaler Bahnhof zu verlegen. Da dieses bis dato noch nicht umgesetzt wurde, ist diese Planung bei den weiteren Maßnahmen zu berücksichtigen.

Herr Pörschke schlägt eine Änderung des Beschlussvorschlages vor, es soll das Wort „Herausnahme“ durch „Reduktion“ ersetzt werden.

Herr Buchholz bezweifelt, ob der letzte Absatz des Beschlusses so vom Beirat beschlossen werden sollte. Der angesprochene Absatz wird daher dahingehend umformuliert, dass in diesem Zusammenhang die insgesamt erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden sollen.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa sowie die BSAG auf, in das ÖPNV-Konzept ab 2011 die Auswirkungen der Umsetzung der 2. Baustufe der Farge-Vegesacker-Eisenbahn auf den ÖPNV in Bremen-Nord durch eine teilweise Reduktion des Busverkehrs der Linien 71, 74, 75, 76, 78, 79 und 677 in der Sagerstraße zu berücksichtigen, den Beirat an den Planungen zu beteiligen und die in diesem Zusammenhang insgesamt erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Herr Scharf stellt den Antrag der CDU-Fraktion bzgl. der Schließzeiten der Schranken vor. Er stellt fest, dass es an manchen Bahnübergängen Wartezeiten von fast 3 Minuten gibt. Während am Bahnhof Vegesack noch Passagiere einsteigen, sind die Schranken in den Straßen Vegesacker Heerstraße, An der Aue und In den Wellen bereits geschlossen. Vergleichbares gilt auch für die Hammersbecker Straße und die Aumunder Feldstraße.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack bittet die NordWestBahn die Schließzeiten der Schranken zu optimieren.

Ergebnis:

- einstimmig -

Die beiden Beiratsbeschlüsse werden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens als Stellungnahme an den Verkehrssenator gegeben, damit sie im weiteren Verfahren Berücksichtigung finden.

Da sich die geplanten Änderungen auf die Bedeutung des Bahnhofs Vegesack auswirken werden, empfiehlt der Vorsitzende dem Beirat eine entsprechende Beschlussfassung.

Beschluss:

Das Dienstleistungsangebot für die Kunden am Bahnhof Vegesack soll auch bei einem durchgängigen Bahnverkehr bestehen bleiben. Der Kundenservice ist weiterhin sicher zustellen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Aus organisatorischen Gründen werden die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7 in der zeitlichen Abfolge vorgezogen.

Tagesordnungspunkt 5 Aktueller Sachstandsbericht Markthalle

Der Vorsitzende teilt mit, dass die AVW den aktuellen Sachstand am Vormittag des 10. September 2009 telefonisch mitgeteilt hat. Ein entsprechender Vermerk hierzu ist den Fraktionen zugegangen. Die AVW wird am 11. September 2009 den Auftrag für ein Einzelhandelsgutachten für den Standort Vegesack erteilen. Das Gutachten wird voraussichtlich in 4 bis 6 Wochen fertig gestellt sein. Damit erwartet man, sich eine bessere, weil objektivere Verhandlungsposition gegenüber möglichen Frischeanbietern in der Markthalle zu verschaffen.

Herr Buchholz kritisiert, dass Herr Koch von der AVW nicht persönlich erschienen ist und stellt fest, dass die Zeilen der Sachstandsmeldung der AVW geringer werden. Den Sachstandsbericht bezeichnet er als Placebo. Geht man von einer Dauer für die Erstellung des Gutachtens von 6 Wochen aus, ist fast Weihnachten. Konkrete Vorschläge liegen bis dato nicht vor. Dies ist nicht hinnehmbar. Er stellt heraus, dass die Gesellschaft AVW für die Markthalle keine finanziellen Mittel geleistet hat. Er kündigt weitere Aktionen der FDP an. Das Einzelhandelsgutachten sollte dem Beirat vorgestellt werden.

Nach Einschätzung von Herrn Schmidt dokumentiert das Gutachten, das in Auftrag gegeben werden soll, die Hilflosigkeit von Herrn Koch und der AVW. Vielleicht hätte die Markthalle der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) übergeben werden sollen.

Der Protest des Beirates wird zur Kenntnis genommen. Der Beirat geht davon aus, dass im das genannten Einzelhandelsgutachten zur Kenntnis gegeben wird.

Frau Sprehe bittet darum, Herrn Koch aufzufordern öffentlich Stellung zu beziehen, wie seine Planungen hinsichtlich des Zustandes der Markthalle aussehen, bis das Ergebnis des Gutachtens vorliegt und damit ein Neukonzept entwickelt wird.

Tagesordnungspunkt 6 Aktueller Sachstandsbericht Kramer – Immobilie

Der aktuelle Sachstand konnte größtenteils in den letzten Tagen der Presse entnommen werden. Des Weiteren liegt ein Schreiben der WFB vor, das den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde. Der Vorsitzende verliest dieses Schreiben. Die Verträge mit Immobilien Bremen über die öffentlichen Nutzungen, wie Bauamt, Ortsamt und Bürgerservice-Center, mit Netto und der Deutschen Bank sind am 2. September 2009 unterschrieben worden.

Mit diesen Verträgen sind die durch Beschluss des Aufsichtsrates der BIG zur Projektumsetzung notwendigen 70 % der kalkulierten Mietverträge gesichert. Deshalb konnte die WFB nunmehr die weitere Projektumsetzung einleiten. Wie bereits in der Beiratssitzung am 12. Februar 2009 angedeutet wurde, haben sich die geplanten Gesamtbaukosten auf einen Betrag von 8,72 Mio. Euro erhöht. Auf der Grundlage der Mietverhandlungen und den damit verbundenen Ausstattungswünschen einzelner Mietinteressenten mussten die Baukosten angepasst werden. Die Mehraufwendungen können durch höhere Mieterträge, die erwartet werden, finanziell gedeckt werden. Aus diesem Grund hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft der Kostenerhöhung zugestimmt.

In der weiteren Umsetzung des Projektes werden die Gespräche und Verhandlungen mit weiteren Mietinteressenten, insbesondere für den Bereich Bowling-Center, intensiviert, um baldmöglichst auch in diesen Bereich Mietverträge abschließen zu können. Außerdem sind die Ausschreibungen für den Abbruch eingeleitet worden, der dann nach Plan Ende November 2009 beginnen soll. Mit der Fertigstellung der Gesamtmaßnahme ist Ende 2010 zu rechnen.

Herr Buchholz bezeichnet den Sachstandsbericht als dürftig. Lediglich 70 % der Fläche ist vermietet. Die vom Beirat eingeforderte Bowlingbahn ist konkret nicht absehbar. Die gemachten Zugeständnisse können damit noch nicht greifen.

Des Weiteren spricht er die vorgeschlagene Integrierung eines Cafés an, um den Brautpaaren eine Möglichkeit für eine kleine Feier o.ä. zu bieten.

Herr Buchholz hätte sich gewünscht, dass Herr Koch persönlich anwesend wäre und somit für Rückfragen zur Verfügung stehen würde.

Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und äußert seinen Unmut.

Tagesordnungspunkt 7

Vergabe von Beiratsmitteln

Thematisiert werden die zur Verfügung stehenden Restmittel i.H.v. 1.199,91 Euro. Auf Initiative des Sprechers des Ausschusses für Stadtentwicklung, Herrn Degenhard, wurde die Möblierung in der Fußgängerzone angesehen. An dieser Möblierung muss sich punktuell etwas verändern. Die bestehenden Sitzbänke sollen verbessert und an einigen Stellen neue Sitzbänke installiert werden.

Im Sprecherausschuss wurde vereinbart, dass die zur Verfügung stehenden Restmittel sowie evtl. zurückfließende Mittel genutzt werden, um mit dieser Maßnahme effektiv zu beginnen. Im Jahr 2010 soll diese Maßnahme fortgeführt werden. Auf Nachfrage stellt der Vorsitzende die Kosten für die einzelnen Sanierungsmaßnahmen und Bankmodelle vor.

Herr Degenhard wünscht, dass das ALZ nach Möglichkeit in die Auftragsvergabe mit einbezogen wird.

Beschluss:

Die vorhandenen Restmittel sowie evtl. zurückfließende Mittel werden für die Umsetzung der Maßnahme „Sitzbänke in der Fußgängerzone“ verwendet.

Ergebnis:

- einstimmig -

Es liegt ein Antrag der FDP-Fraktion vor, wonach die Sanierung der Sitzbänke am Utkiek in dieses Programm mit einbezogen werden soll. Da der Utkiek einer der touristischen Vorzeigorte ist, soll mit dem Beschluss dem berechtigten Hinweis aus der Bevölkerung über den miserablen Zustand der massiven Holzbänke getragen werden.

Beschluss:

Der Vegesacker Beirat beschließt die alsbaldige Erneuerung der Sitzbänke am Utkiek aus Beiratsmitteln im Rahmen des Banksanierungsprogramms für 2010.

Ergebnis:

- bei einer Enthaltung einstimmig -

Tagesordnungspunkt 3 Schulentwicklungsplanung für den Stadtteil Vegesack

Der Vorsitzende führt aus, dass der Beirat am 12. August 2009 einen Runden Tisch zum Thema Schulentwicklungsplanung durchgeführt hat. Die geplanten Veränderungen sollen in einem Zeitraum von 10 Jahren kontinuierlich umgesetzt werden. Die kommunalen Gremien sollen sich bis zu den Herbstferien 2009 mit dem Thema auseinandersetzen.

Der Vorsitzende begrüßt die Referenten von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Herrn Bothmann, Herrn Langkau und Herrn Böhme.

Herr Bothmann geht punktuell auf das Konzept hinsichtlich der Grundschulen, der Oberschulen, der Gymnasien der Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP) und der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum (Rebuz) ein.

Grundschulen

Zunächst führt er aus, dass im Stadtteil Vegesack keine Schulen geschlossen werden.

Die Kooperation mit Kita Bremen wird weiter ausgebaut, so dass das geplante Konzept umgesetzt wird.

Mit den Schulen werden Gespräche zu den Einzugsbereichen geführt werden. Die Schülerzahlen sind rückläufig. Die Schulen werden in einer mäßigen 2-Zügigkeit gehalten. Es wird eine Frequenzahl von 22 angestrebt.

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft möchte die Zusammenarbeit mit dem Sozialressort verstärken, so dass Horte in die Schulen mit aufgenommen werden können. Bereits in einem Drittel der Schulen werden Horte geführt. Eine frühere Einschulung soll gefördert werden.

Der Rückgang der Schülerzahlen und der damit verbundenen Verringerung der Zügigkeit wird von Herrn Bothmann als positiv bewertet. Des Weiteren werden naturwissenschaftliche Ausstattungen und musikalische Instrumente mit Konjunkturmittel gefördert.

Frau Spiegelhalter-Jürgens erfragt, ob an den Grundschulen ebenfalls ZuP eingerichtet werden.

Herr Bothmann teilt mit, dass sich auch in den Grundschulen voraussichtlich Personen für das ZuP herausbilden werden. Das ZuP wird an den Grundschulen nicht ausgeschlossen. Schwerpunktmäßig wird das ZuP allerdings für den Sek.-1-Bereich angedacht.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden gibt der Beirat folgende Stellungnahme ab:

Der Beirat begrüßt den Erhalt der Grundschulen im Stadtteil. Die Senatorin für Soziales und Kita Bremen werden aufgefordert, die Kooperation zwischen Kita und Schule zu fördern, freie Kapazitäten in den Grundschulen sollen für die Differenzierung und besondere Förderung genutzt werden.

Ergebnis:

- einstimmig -

Herr Schmidt begrüßt die Stellungnahme und merkt an, dass evtl. andere politische Kräfte bzw. Institutionen die Einsparungen zu Gunsten anderer Zwecke präferieren würden.

Oberschulen und Gymnasien

Herr Bothmann erläutert, dass mit der Schule Lerchenstraße der Umgestaltungsprozess im Bereich der Oberschulen und Gymnasien bereits begonnen wurde. Die Resonanz ist unterschiedlich. In der Mittelstufe konnten die gewünschten Anwahlzahlen erreicht werden, im Bereich der Oberstufe besteht noch Potential. Es liegt ein weiterer Antrag durch die Gerhard-Rohlf's-Schule und das Gymnasium Vegesack vor. Hier wurde ein gemeinsames Konzept entwickelt.

Intensivierung der Kooperation der Schulen Lerchenstraße und Borchshöhe ist nach Einschätzung von Herrn Bothmann auf einem guten Weg. In den nächsten zwei Jahren voraussichtlich erfolgt.

Die Zusammenarbeit zwischen den Grundschulen und den weiterführenden Schule soll insgesamt verstärkt werden.

Auf Nachfrage von Herr Degenhard erläutert Herr Bothmann, dass die Schulleitungen Absprachen getroffen haben, erste Meilensteine wurden besprochen.

Herr Böhme stellt an Hand von Zahlenmaterial dar, dass eine Entspannung hinsichtlich der Schülerzahlen abzusehen ist. An den Schulen Gerhard-Rohlf's-Schule, Lerchenstraße und Gymnasium Vegesack wird 4-zügig geplant. Die Zielfrequenzzahl beträgt an den Oberschulen 25 und an den Gymnasien 30. Zzt. hat das Gymnasium Vegesack auf Grund der Kooperation eine Zielfrequenz von 26. In der Lerchenstraße beträgt die Zielfrequenz 25 und an der Gerhard-Rohlf's-Schule beträgt die Zielfrequenz 23.

In diesem Jahr wurde eine zweite Oberstufe in der Schule Lerchenstraße eingerichtet. Geplant ist, hier 4 Profile herauszubilden. In Beratungsgesprächen mit der Schulleitung wird erarbeitet, wie die Profile gestaltet werden können. Das Gymnasium Vegesack wird 5-zügig geplant. Sämtliche Schüler können entsprechend untergebracht werden.

Herr Scharf spricht den Lehrerausfall an dem Gymnasium Vegesack an. Er fragt, ob evtl. Lehrerausfälle kompensiert werden können. Er kritisiert, dass eine Frequenzzahl von 30 zu hoch ist, diese Zahl müsste auf 25 abgesenkt werden.

Herr Böhme erläutert die Gründe für die Festsetzung der Zielfrequenzzahlen. Die geringere Anzahl an den Gymnasien ist darauf zurückzuführen, dass die Schülerschaft eher homogen ist.

Herr Bothmann hebt hervor, dass die Frequenzzahl bereits abgesenkt wurde. Diese 10-prozentige Senkung im Bereich Gymnasium ist bereits Meilenstein.

Auf Nachfrage von Frau Spiegelhalter-Jürgens erklärt Herr Böhme, dass an der Lerchenstraße die 4-Zügigkeit kontinuierlich umgesetzt wird. Herr Bothmann ergänzt, dass die Einführung der 4-Zügigkeit in Absprache mit der Schulleitung erfolgt. Es wird kein Schüler in Vegesack abgewiesen.

Herr Böhme führt aus, dass die Profilbildung ein langfristiger Prozess sein wird. Die Durchgängigkeit zwischen Mittel- und Oberstufe ist jeweils zu ermöglichen.

Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und bittet darum, über die weiteren Entwicklungsschritte unterrichtet zu werden.

Zentrum für unterstützende Pädagogik (ZuP) und Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum (Rebuz)

Herr Bothmann erläutert zunächst, wie die Namen ZuP und Rebuz zu Stande gekommen sind. Die Kräfte sollen gebündelt werden, Schülern sollen in den eigenen Schulen Hilfestellungen angeboten werden. Herr Bothmann erläutert die verschiedenen Förderungsbedarfe. Die Stunden, die zur Förderung zur Verfügung gestellt werden, sollen gebündelt in der Zuweisung für eine Schule erscheinen. Eine Person in der Schulleitung, mindestens die stellvertretende Schulleitung oder die didaktische Leitung muss verantworten, dass diese Stunden den zu fördernden Kindern zu Gute kommen. Das ZuP ist ein Steuerungselement und eine Kontrollinstanz. Zur Realisierung werden entsprechende Lehrer die Sek-1-Zentren versetzt. Der erhöhte Raumbedarf für Differenzierungsmöglichkeiten muss bedacht werden. Das ZuP ist allerdings kein Gebäude im Gebäude.

Damit sich interessierte LehrerInnen das Rebuz ansehen können, organisiert die Senatorin für Bildung Fahrten nach Hamburg. In Hamburg werden diese regionalen Zentren bereits angeboten.

Das Rebuz hat im Wesentlichen Beratungs- und Unterstützungsaufgaben. Für einige wenige Schüler bietet es eine befristete Sonderbeschulung an. Die Schaffung der Rebuz ist langfristig über 10 Jahre geplant, da die Lehrer in diesem Prozess entsprechend eingebunden und fortgebildet werden müssen.

Die senatorische Behörde erarbeitet mit der Deputation einen Zeit- und Maßnahmenkatalog. In Vegesack gestaltet sich dies auf Grund der hohen Anzahl an zu fördernden Kindern schwieriger als in anderen Stadtteilen. Die Integration stellt hierbei die Herausforderung. Die Eltern haben das Wahlrecht, ob ihre Kinder integrativ oder selektiv beschult werden.

Frau Spiegelhalter-Jürgens spricht das jetzige Förderzentrum An der Kerschensteinerstraße an. Sie erfragt, ob die Schülerzahlen zurückgehen werden. Ihr Augenmerk liegt insbesondere bei den Kooperationsklassen.

Lt. Herrn Bothmann ist eine stärkere Dezentralisierung im Gespräch. Das Förderzentrum wird voraussichtlich nicht 2-zügig weitergeführt. Die frei werdenden Räume werden für den Aufbau des Rebuz genutzt. Auch hier werden keine Schüler abgewiesen.

Frau Spiegelhalter-Jürgens weist auf die für die Kooperationsklassen notwendigen barrierefreien Räume hin. Nach Aussage von Herrn Bothmann wurde diese Problematik zwischen den Schulen kommuniziert und wird gelöst.

Es liegt ein Antrag der Grünen-Fraktion vor. Frau Spiegelhalter-Jürgens verliert diesen Antrag und begründet ihn.

Die Kooperationsklassen des Gymnasiums Vegesack können zukünftig bislang genutzte Klassenräume des FÖZ Kerschensteiner Straße sowie den Musikraum nicht mehr nutzen. Das Gymnasium soll Räume im SZ Vegesack auf der anderen Straßenseite bekommen. Mit Geld aus dem Konjunkturprogramm können im SZ Vegesack Sanierungsarbeiten

durchgeführt und Räume zu Klassenräumen umgebaut werden. Nach Informationen werden die Umbaumaßnahmen nicht so erfolgen können, dass die Räume im SZ barrierefrei zu erreichen sind, erschwerend kommt die zuquerende Straße hinzu und die fehlenden Fachräume. Kooperationsklassen können somit nicht dort unterrichtet werden, dies gilt auch für das Hauptgebäude des Gymnasiums. Für das SZ Vegesack gibt es ebenfalls noch keine Raumplanungen, da noch nicht beschlossen ist, welche Ausbildungsbereiche zukünftig dort sein werden und wie der Bedarf für die Werkschule ist. Unklar ist auch wie aufwendig die anstehende Feuchtigkeitssanierung sein wird.

Für eine Beratungspause wird die Sitzung von 20.20 Uhr bis 20.30 Uhr unterbrochen.

Auf Nachfrage von Herrn Degenhard erläutert Herr Bothmann, dass sich der Bedarf verändern wird. Die Baumaßnahmen müssen daher nicht überall so hergerichtet werden, wie sie zzt. gefordert werden.

Beschluss:

Der Vegesacker Beirat begrüßt grundsätzlich die Einführung eines Rebus am Förderzentrum Kerschensteiner Straße, ist aber mit der damit einhergehenden geplanten Verlagerung von Klassen und Umbaumaßnahmen nicht einverstanden, solange es keine konkreten Konzepte für das Rebus und die zukünftige berufliche Ausbildung am SZ Vegesack gibt.

Der Vegesacker Beirat fordert die Senatorin für Bildung auf, für das Rebus ein Konzept vorzulegen, in dem die Aufgaben, der Raumbedarf und die Personalplanung dargestellt werden sowie die Integration des schülerbezogenen Beratungszentrums.

Die jetzigen Kooperationsklassen des Gymnasiums und des FÖZ Am Wasser sollen im FÖZ Kerschensteiner Straße bleiben können. Der Musik- und Werkraum müssen weiterhin nutzbar sein.

Die Entwicklung eines Rebus darf nicht zu Lasten der erfolgreichen Kooperation von Gymnasium und Förderzentrum Am Wasser erfolgen.

Am SZ Vegesack und im Förderzentrum Kerschensteiner Straße sollen zunächst lediglich dringende Sanierungsarbeiten erfolgen bis eine bedarfsgerechte Raumplanung vorliegt.

Ergebnis:

- bei zwei Enthaltungen einstimmig -

Tagesordnungspunkt 4

Zukunft der Beruflichen Schulen in Vegesack

Die Zukunft der beruflichen Schulen in Vegesack ist losgelöst von der Schulraum- und Schulentwicklungsplanung zu behandeln. Als Referent zu diesem Thema wird Herr Langkau begrüßt.

Herr Langkau führt aus, dass die Verwaltung zzt. Vorschläge für eine Entscheidungsfindung in der Deputation erarbeitet. Die Deputation ist das entsprechende Entscheidungsgremium.

Vegesack bleibt als Standort der berufsbildende Schule erhalten. Eine Kooperation zwischen der berufsbildenden Schule und der Gerhard-Rohlf's-Schule wird angestrebt. Es soll ein mathematisch-naturwissenschaftliches-informatisches Profil herausgebildet werden.

Nach Einschätzung von Herrn Langkau ist in diesem Bereich ein Fachkräftemangel absehbar. Die bestehende FOS soll daher ausgebaut werden. Es wird u.a. die Allgemeine Hochschulreife angeboten. Das Angebot richtet sich insbesondere an technisch orientierte Schüler.

Eine Gebäudesanierung ist geplant. U.a. sollen der Sanitärbereich und das Werkstattgebäude saniert bzw. umgebaut werden. Mit einem Architekt wird eine Konzeption entwickelt, wie die Werkstätten auf den pädagogisch neusten Stand gebracht werden können. Finanziert wird die Maßnahme aus Mitteln aus dem Konjunkturprogramm.

Herr Langkau teilt, dass Ausbildungsgänge zu konzentrieren sind. In Vegesack sollen die handwerklichen Berufe und in der Stadt die Industrierberufe konzentriert werden. Die Technischen Assistenten für Informatik sollen in Vegesack belassen werden.

Gründe für die Konzentration sind u.a., dass die technischen Geräte nicht an zwei Standorten zur Verfügung gestellt werden können. Ein Lehrerausfall kann besser kompensiert und die fachliche Betreuung sichergestellt werden.

Herr Buchholz führt aus, dass sich Ausbilder und Personalleiter für den Standort Vegesack ausgesprochen haben. Er fragt, wie dies bei der senatorischen Behörde berücksichtigt wird.

Herr Langkau handelt im Auftrag der Bürgerschaft. Er erachtet die Konzentration im Bereich der Mechatroniker als sinnvoll, weil dann die Firmen, die die Anlagen bauen, und die, die deren Mitarbeiter diese Anlagen anschließend warten, gemeinsam ausgebildet werden würden. Aus seiner Sicht könnten so Synergieeffekte genutzt werden.

Herr Buchholz weist auf die Diskrepanz zwischen der Aussage von Herrn Langkau und der Forderung der Ausbildungsbetriebe aus Vegesack hin, die sich für den Standort Vegesack ausgesprochen haben.

Herr Langkau vermutet als Motivation dieser Betriebe den kürzeren Weg ihrer Auszubildenden und keine pädagogischen Gründe.

Herr Pörschke spricht die von den Vegesacker Firmen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel, materiellen Beiträge und das Knowhow an, dass diese in die berufliche Schule eingebracht haben, an. Hierzu hatte Herr Langkau in einer früheren Sitzung ausgeführt, dass die senatorische Behörde zukünftig nicht weiter auf diese Zuwendungen vertrauen kann. Herr Pörschke fragt, wie mit diesen vorhandenen Mitteln umgegangen wird. Des Weiteren empfindet er die Konzentrierung und Verlagerung als industriepolitisch nicht durchdacht. Hier sind nicht nur Bildungsfragen tangiert, sondern regional-wirtschaftspolitische Fragen. Er hält es für ein falsches Signal, einen ganzen Bereich herauszunehmen. Dass der Standort grundsätzlich erhalten bleiben soll, bewertet er positiv.

Frau Sprehe schließt sich den Ausführungen von Herrn Pörschke an und erfragt die aktuellen Schülerzahlen.

Bzgl. der Schülerzahlen verweist Herr Langkau auf die Bundesstatistik. Danach gibt es derzeit 87 Mechatroniker und 135 Industriemechaniker in Vegesack. In Bremen-Stadt sind es 152 Elektroniker.

Dr. Mizdalski (Leiter des SZ Vegesack) führt aus, dass nicht nur Auszubildende von Bremer Firmen, sondern auch Auszubildende aus dem niedersächsischen Umland die berufliche Schule besuchen. Hierauf reagiert die Schule mit flexiblen Lehrplänen, die den verschiedenen Geschäftsfeldern entgegenkommen. Diese Geschäftsfelder müssten sich zukünftig der Automobilindustrie unterordnen. Außerdem überlegen diese Firmen, ob sie die Ausbildung bei einer Verlagerung einstellen.

Herr Gilbert (Leiter der Schule Gerhard-Rohlf's-Straße) teilt mit, dass eine ganz andere Form der Zusammenarbeit angestrebt wird. Es ist also sehr genau zu überlegen, ob und ggf. welche Bildungsgänge abgezogen werden. Er wünscht sich eine intensivere Auseinandersetzung.

Herr Tieste möchte die Ausführungen von Herrn Pörschke unterstreichen und erinnert an eine Podiumsdiskussion zum Thema „Was wird aus Bremen-Nord?“ der Handelskammer in der Strandlust. Hier wurde gesagt, dass etwas für den Standort Vegesack getan werden muss. Nach seiner Einschätzung könnten sich Unternehmen evtl. orientiert an dem Standort der Berufsschule ansiedeln. Er wirbt dafür, dass Bremen-Nord parteiübergreifend mit einer Stimme spricht.

Herr Scharf spricht die Lobby von Bremen-Nord an. Er stellt heraus, dass die Problematik vielschichtig ist. Es muss aufgepasst werden, dass Bremen-Nord nicht abgehängt wird.

Beschluss:

Die Verlagerung von industriellen Berufen aus dem SZ Vegesack heraus wird vom Beirat Vegesack abgelehnt.

Ergebnis:

- einstimmig -

Die Sitzung wird von 20.55 bis 21.00 Uhr unterbrochen.

Tagesordnungspunkt 8 Anträge und Anfragen der Parteien

Es liegt ein Antrag seitens der SPD-Fraktion vor. Die Anfrage betrifft die Recyclingstation Aumund in der Martinsheide. Der Beirat nimmt die Anfrage zur Kenntnis, so dass sie im weiteren Verfahren an die zuständige Behörde weitergeleitet wird.

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

Tagesordnungspunkt 9 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Der Vorsitzende teilt die Intervalle für die Reinigung von Spielplätzen im Stadtteil Vegesack mit. Die Spielplätze des Amtes für Soziale Dienste werden einmal wöchentlich gesäubert. Die Leerung der Mülleimer findet freitags vor den Wochenenden statt. Bei Spielplätzen, die am Freitag nicht mehr angefahren werden können, findet die Leerung am darauffolgenden Montag statt. Bei der Säuberung werden auch die Spielgeräte auf ihre Sicherheit überprüft und dokumentiert.

Das Amt für Soziale Dienste hat eine Bereisung der Spielplätze angeboten. Der Vorsitzende schlägt vor, diese Bereisung mit dem Ausschuss für Soziales durchzuführen.

Bzgl. einer Anfrage zur Ladenzeile in der Clamersdorfer Straße hat das Bauamt Bremen-Nord mitgeteilt, dass hinsichtlich der Neugestaltung bis zum Herbst 2008 Gespräche mit einem Investor geführt wurden, der den Abriss der Ladenzeile und den Neubau eines Discounters mit Arztpraxen sowie 70 Stellplätzen vorsah. Die Ladenzeile ist als allgemeines Wohngebiet festgeschrieben. Erweiterungen wären danach nicht zulässig. Um das Projekt realisieren zu können, hätte die Bauleitplanung geändert werden müssen.

Da die Anzahl der Stellplätze jedoch zu einer nicht zumutbaren Lärmbelastung für die angrenzende Wohnbebauung geführt hätte, und der Investor 70 Stellplätze gefordert hat, ist das Projekt gescheitert. Der Eigentümer wird vom Bauamt Bremen-Nord aufgefordert, das Gebäude gegen unbefugten Zutritt zu sichern.

Tagesordnungspunkt 10
Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Sprehe teilt mit, dass die nächste Bürgersprechstunde am 28. September 2009 im Sitzungssaal des Ortsamtes stattfindet. Herr Wemken wird die Sprechstunde durchführen.

Tagesordnungspunkt 11
Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Wünsche und Anregungen werden nicht vorgetragen.

Der Vorsitzende schließt um 21.05 Uhr die Sitzung.

Dornstedt
Vorsitzender

Jantz
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin